nr. 5 – aug/sep 2016

ecke turmstraße

Seite 3: Moabiter Kiezfest am 10. September Seite 4: Jugendverkehrsschule Bremer Straße
Seite 6: Mit der Polizei beim Drogeneinsatz Seite 10/11: Debatte um das Brüder-Grimm-Haus

Ch. Eckelt

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Ch. Eckelt

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, wo sich dieser Ort genau befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: Ecke Turmstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecketurm@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 19. September. Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir das Buch »Der ganz normale Wahnsinn in der Nachtschicht – Berlin-Street-Taxi« des Moabiter Autors Aro Kuhrt, der Erlebnisse aus 15 Jahren seiner Taxifahrer-Tätigkeit schildert. Wer außerdem weiß, aus welchem Grund dieses Schild dort steht, bekommt einen Extra-Bonus dazu (kein Knöllchen). Unsere letzte Rätselecke zeigte den Fisch am Ottopark-Spielplatz. Gewinner sind Louis und Piet aus der Bremer Straße. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis geht per Post an Euch.

Straßenbeleuchtung bleibt

Die Bewohner der Waldstraße und Umgebung haben entschieden: die Beleuchtung der Waldstraße bleibt vorerst, wie sie ist.
Wie berichtet, war in der Waldstraße für mehrere Monate eine »Teststrecke« mit unterschiedlichen neuen LED-Laternentypen aufgebaut worden, unter denen die Anrainer ihren Favoriten wählen konnten. Hintergrund ist, dass Berlin die gasbetriebenen Straßenleuchten – außerhalb einiger »Gaserhaltungsgebiete« – nach und nach auf den Betrieb mit moderner, energiesparender LED-Technologie umstellt. Für die Wohnstraßen zwischen Turm- und Siemensstraße sollte eine technische Aufsatzleuchte gefunden werden, die, so die zuständige Senatsverwaltung, »als neue Quartiersleuchte überzeugt und die Straßen nachhaltig besser beleuchtet«.
Insgesamt beteiligten sich 428 Bürger online und per Abstimmungszettel (im Testgebiet leben ca. 10.000 Menschen). Die Auswertung ergab, dass die Teilnehmer überwiegend eine Umrüstung auf LED-Technologie bei Beibehaltung der bisherigen Leuchten favorisierten und mehr bzw. hellere Beleuchtung nicht für erforderlich halten. Die Durchführung einer Bürgerbeteiligung wurde aber begrüßt.
Zum weiteren Geschehen teilt die Senatsverwaltung mit: »Das Vorhaben zur Umrüstung der Gasleuchten im Projektgebiet gegen moderne LED-Leuchten wird vor dem Hintergrund der eingegangenen Rückmeldungen aktuell nicht weiter verfolgt. Für eine Umrüstung in der von den Bürgern favorisierten Form stehen die erforderlichen Haushaltsmittel derzeit nicht zur Verfügung. us

Nachtrag

In unserer letzten Ausgabe ist uns bedauerlicherweise ein Versäumnis unterlaufen. In unserem Bericht über das diesjährige Moabiter Kunstfestival »Ortstermin« (Seite 8) berichteten wir über eine Installation im öffentlichen Raum mit dem Titel »Stadt ohne Grenzen I die zerronnene Stadt«, das die syrische Stadt Aleppo thematisiert. Leider vergaßen wir den Namen der Künstlerin zu erwähnen, was hiermit nachgeholt sei: Urte Beyer ist die Urheberin des Kunstwerks. Wir bitten vielmals um Entschuldigung!

Termine

Stadtteilladen, Krefelder Str. 1a:
Sprechstunde des KoSP (Prozesssteuerer im Aktiven Zentrum Turmstraße):
Di, 9.30–12 Uhr, Do 14–18 Uhr
Sprechstunde des Geschäftsstraßenmanagements (die raumplaner):
Di 16–19 Uhr, Fr 8–10 Uhr
Sprechstunde der Stadtteilvertretung:
Mo 17–18 Uhr

Plenum der Stadtteilvertretung
Die nächsten öffentlichen Plena der Stadtteilvertretung Turmstraße finden am Montag, 22. August sowie 26. September von 19 bis 22 Uhr statt. Ort: Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a. www.stv-turmstrasse.de

Runder Tisch Gentrifizierung
Jeden 2. Dienstag im Monat, 19–21 Uhr, Treffpunkt bis auf weiteres in der Kontaktstelle PflegeEngagement, Lübecker Straße 19. Alle interessierten Mieter sind herzlich eingeladen! Nächste Termine: Di, 9. August, und Di, 13. September. www.wem-gehoert-moabit.de

Stadtteilplenum QM Moabit-West
Das Plenum, organisiert vom Moabiter Ratschlag e.V. und dem Quartiersmanagement Moabit West, tagt jeden dritten Dienstag im Monat im Stadtschloss Moabit – Nachbarschaftstreff, Rostocker Straße 32b. Mehr unter Telefon 39 90 71 95 oder www.moabitwest.de

Ecke Turmstraße
Die nächste »Ecke Turmstraße« erscheint nach der Sommerpause Ende September. Redaktionsschluss ist Freitag, der 16. September. Sämtliche Ausgaben sind abrufbar unter: www.turmstrasse.de/oeffentlichkeitsarbeit/stadtteilzeitung.html

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Ein Ort der Begegnung

Kompakt, lokal, kreativ, bunt: Am 10. September wird wieder das Moabiter Kiezfest rund um das Rathaus gefeiert

Ch. Eckelt

Kann sich eigentlich noch jemand an die Turmstraßenfeste vor einigen Jahren erinnern, die zuletzt vor allem als billige Fress- und Ramsch-Meile von vielen gefürchtet waren?
Die sind inzwischen Geschichte. Dafür gibt es nun schon seit 2013 das Moabiter Kiezfest, das im September rund um das Rathaus gefeiert wird und an dem sich viele lokale Initiativen, Vereine, Kulturschaffende und Gewerbetreibende beteiligen. Mit jährlich wachsendem Erfolg: Inzwischen ist das Kiezfest eine feste Größe und ein Highlight im Gebiet, an dem sich immer mehr beteiligen und das auch immer mehr Menschen besuchen. Und es wächst mit den Erfahrungen der vergangenen Jahre.

Fest der Begegnungen

Die Seele des Kiezfestes ist natürlich die lokale Verwurzelung jenseits kommerzieller Beliebigkeit und Verwurstung. Bei den letzten Festen sah man etliche Moabiter auf den Bänken vor dem Rathaus beieinander sitzen, die ein buntes Bühnenprogramm verfolgten und angeregt miteinander plauschten. Viele schlenderten die Marktreihe entlang und interessierten sich für Produkte Moabiter Händler, blieben an Ständen stehen, um sich über das Geschehen im Gebiet und die vielen unterschiedlichen Initiativen informieren zu lassen, lugten neugierig in die Vitrine vor dem Rathaus, die die beiden »Kino für Moabit«-Frauen liebevoll als Mini-Kino-Guckkasten hergerichtet hatten. Kinder liebten besonders den Luftballonkünstler, die artistischen Darbietungen eines lokalen Kinder- und Jugendartistenclubs und die Kiez-tombola, bei der jedes Los gewann. Und auch die gastronomischen Spezialitäten und Leckereien spiegelten die bunte Vielfalt des Gebiets wider. Kurz: Es ist ein Fest der Begegnung, und wenn man jemanden von den Aktiven im Kiez treffen will, trifft man ihn garantiert dort.

Aktive Teilnahme erwünscht!

Das nunmehr vierte Moabiter Kiezfest wird am Samstag, den 10. September von 13 bis 21 Uhr rund um das Rathaus Tiergarten stattfinden. Unter den Stichworten »kompakt – lokal – kreativ und bunt« soll gemeinsam das bunte Gesicht des Moabiter Zentrums gezeigt und gefeiert werden. Vor dem Rathaus wird eine überdachte Bühne aufgebaut, auch für Beleuchtung in den Abendstunden ist gesorgt. Das »Kino für Moabit« wird die Vitrine vor dem Rathaus zur Mini-Kinoleinwand machen, und natürlich ist auch die Musikschule »Fanny Hensel« mit hochkarätigen Auftritten dabei, ebenso wie die Taekwondo-Schule und viele andere.
Stände wird es an der Turmstraße, in der Bremer und der Jonasstraße bis zur Arminiusstraße geben – letztere wird in diesem Jahr u.a. durch die Zunftwirtschaft belebt. Das Baustellengeschehen rund um die Markthalle verlagert sich in dieser Zeit in die angrenzenden Straßenabschnitte Richtung Bugenhagenstraße.
Für Gewerbetreibende oder Initiativen, die sich mit einem Marktstand am Fest beteiligen möchten, oder Kulturschaffende, die das Kulturprogramm mit Bandauftritten, Showeinlagen oder anderen Darbietungen bereichern wollen, gibt es noch bis 31. Juli die Chance, ihre Teilnahme anzumelden.
Auch in diesem Jahr wird das Fest von einem breiten Team getragen. Offizieller Veranstalter ist wieder der Verein Frecher Spatz e.V. Zum Organisationsteam gehören außerdem das Netzwerk Engagement und Nachbarschaft »Misch Mit!«, die Gewerbetreibenden der »TIM« (Turmstraßen-Initiative Moabit), die Kreativen von »ArTminius21« (vielen bekannt aus der Arminiusmarkthalle) sowie das Geschäftsstraßenmanagement für die Turmstraße (die raumplaner). Und natürlich gehören auch all jene dazu, die sich aktiv beteiligen und das Fest mitgestalten wollen. Deshalb gibt es eine gemeinsame Aktionsgruppe zur Vorbereitung des Festes, bei der alle Interessierten ihre Ideen einbringen können.

Vorbereitungstermine und Kontakte

Das nächste Treffen der Aktionsgruppe findet am Dienstag, den 2. August um 16.30 Uhr im neuen Stadtteilladen (Krefelder Straße 1a) statt.
Wer sich mit einem Beitrag beteiligen möchte, kann sich beim Geschäftsstraßenmanagement (die raumplaner) melden, das sich um die Koordinierung kümmert. Ansprechpartner sind Johanna Oestereich und Georg Thieme (Telefon 37 59 27 21, Mail: gsm@turmstrasse.de). Jeden Dienstag und Freitag ist das Geschäftsstraßenmanagement außerdem bei der öffentlichen Sprechstunde im Stadtteilladen erreichbar (siehe S. 2). Auch online kann man sich zum Fest anmelden, die Formulare findet man unter www.turmstrasse.de/downloads/pdf/koordination
Einbringen kann man sich aber auch beim nächsten Frühstück der TIM – Turmstraßen-Initiative-Moabit. Hier treffen sich regelmäßig Gewerbetreibende und Akteure aus dem Gebiet, um sich auszutauschen und gemeinsame Aktionen für das Gebiet rund um die Turmstraße zu entwickeln. Das nächste TIM-Frühstück findet am 31. August um 8 Uhr morgens im Stadtteilladen Krefelder Straße 1a statt. us

Vor der Wahl passiert nichts mehr

Die Debatte um die Jugendverkehrsschule Bremer Straße tritt auf der Stelle

Die Stadtteilvertretung Turmstraße setzt sich nach wie vor für den Weiterbetrieb der Jugendverkehrsschule in der Bremer Straße ein. Mit einem Plenumsbeschluss vom Mai 2016 fordert sie nun den Bezirk Mitte auf, »zum nächstmöglichen Termin bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt ausreichende Programmmittel für eine angemessene Sanierung des Geländes der JVS in der Bremer Straße aus dem Bund-Länder-Programm »Aktive Stadt- und Ortsteilzentren« zu beantragen.« Außerdem fordert die STV den Bezirk auf, »umgehend einen Betreiber mit der ganztägigen Öffnung der Jugendverkehrsschule in der Bremer Straße zu beauftragen.«

Doch so einfach ist die Sache nicht. Die Jugendverkehrsschule (JVS) in der Bremer Straße 10 ist seit zwei Jahren Gegenstand bezirkspolitischer Debatten. Wie berichtet, hatte hatte das Bezirksamt Mitte 2014 eine Schließung des Standorts vorgeschlagen, weil er stark sanierungsbedürftig und nicht ausgelastet sei und die Bezirksfinanzen eine umfassende Sanierung und notwendige personelle Ausstattung nicht zuließen. Stattdessen sollten die Kapazitäten auf den Erhalt und Ausbau der Jugendverkehrsschule in der Weddinger Gottschedstraße konzentriert werden; für die Bremer Straße 10 wurde ein städtebauliches Nachnutzungskonzept für sozialen Wohnungsbau mit einer Kita favorisiert. Dagegen regte sich Protest, auch seitens der Stadtteilvertretung. Seither gab es viele, auch öffentliche Debatten, nach monatelangem Verschleppen beschäftigte sich auch die Bezirksverordnetenversammlung mit dem Thema und lehnte in diesem Jahr mehrheitlich eine Schließung ab. Das ändert freilich nichts am Status Quo – denn geschlossen war und ist die JVS ja nicht; Schulen oder Kitas, die das Areal nutzen wollten, konnten das auch weiterhin tun. Nur ist die JVS eben in einem jämmerlichen Zustand. Eine »Ertüchtigung der JVS«, wie die BVV ebenfalls mehrheitlich auf Antrag der Linken vom Bezirksamt fordert, braucht aber ein Konzept, einen Betreiber und die notwendige Finanzierung.

Zwar ist es ein Fortschritt, dass das novellierte Schulgesetz jetzt den Betrieb von Verkehrsschulen als kommunale Pflichtaufgabe ansieht – das bedeutet jedoch lediglich, dass jeder Bezirk eine Verkehrsschule betreiben muss, und das ist im Bezirk Mitte mit dem Standort Gottschedstraße erfüllt, der ausgebaut ist, erfolgreich vom Verein »Wendepunkt e.V.« betrieben wird und Ende Juli ein großes Sommerfest feierte.

Auch die Beantragung von Mitteln aus dem Förderprogramm »Aktive Zentren« für die Sanierung der JVS Bremer Straße ist an bestimmte Bedingungen geknüpft. Denn der Standort liegt nicht im Fördergebiet des »Aktiven Zentrums«, sondern knapp außerhalb. Damit ist er auch nicht in der »Kosten- und Finanzierungsplanung« für Projekte und Vorhaben im Aktiven Zentrum vorgesehen, die der Bezirk mit dem Fördergeber, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, langfristig abstimmt. Zwar gibt es auch die Möglichkeit, bestimmte Infrastrukturprojekte zu berücksichtigen, die zwar außerhalb des Gebiets liegen, aber zum Einzugsbereich des Fördergebiets gehören und dringend zur Grundversorgung benötigt werden (z.B. Kitas, Schulen), doch ob dazu eine JVS gezählt wird, ist mehr als fraglich.

Grundsätzlich, so erklären das Büro KoSP als Gebietsbeauftragter für das Aktive Zentrum Turmstraße und auch die zuständige Mitarbeiterin der Senatsverwaltung, muss das verantwortliche Fachamt einen entsprechenden Antrag auf Förderung stellen. Zuständig für die Jugendverkehrsschulen ist das Schul- und Sportamt des Bezirks Mitte, nicht das Stadtentwicklungsamt. Notwendig wären bei einem Antrag ein überzeugendes, tragfähiges Nutzungskonzept und die Garantie, dass die Einrichtung für mindestens zehn Jahre erhalten bleibt, sich die Investition von Förder- (mithin Steuergeldern) also nachhaltig lohnt. Beides ist beim gegenwärtigen Stand der Dinge sehr unwahrscheinlich. Doch auch die Befürworter des JVS-Standortes haben weder ein innovatives Konzept noch einen potentiellen Betreiber in petto.
Andreas Wilke vom Büro KoSP formuliert seine persönliche Einschätzung so: »Eine Jugendverkehrsschule in dieser herkömmlichen Form ist vielleicht auch nicht mehr zeitgemäß. Dieses Grundstück wäre verschenkt, um einfach nur Kinder dort das Radfahren üben zu lassen. Interessanter wäre eine Kombination mit weiteren Nutzungen.« Angesichts der Förderbedingungen könne man dem Anliegen der STV aus allen vorgenannten Gründen nicht folgen. *us*

Kommentar

Wählen gehen!

Schafft es die AfD ins Bezirksamt von Mitte?

Zwei Wochen nach dem Ende der Sommerferien wählt Berlin. Am 18. September wird nicht nur über die neue Zusammensetzung des Berliner Abgeordnetenhauses entschieden – auch die Bezirksparlamente werden neu zusammengesetzt. Das Abgeordnetenhaus wählt anschließend die neue Landesregierung, und die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) entscheidet über die Zusammensetzung des Bezirksamtes, dem politischen Leitungsgremium aus Bezirksbürgermeister und vier Bezirksstadträten.
Welche Partei Anspruch auf wie viele Posten im Bezirksamt hat, richtet sich nach den errungenen Mandaten in der BVV. Bei der letzten Wahl bekamen die SPD in Mitte 18 Mandate, die Grünen 15, die CDU 10, die Linken und die Piraten jeweils 6. Von den fünf Sitzen im Bezirksamt gingen jeweils zwei an die SPD und die Grünen, die CDU bekam einen, die anderen beiden Parteien gingen leer aus. Mit acht Mandaten in der BVV hätten die Piraten oder die Linken den Grünen den zweiten Stadtratsposten noch abjagen können.
Dieses Mal gibt es eine große Unbekannte: die AfD. Den Rechtspopulisten wird zugetraut, in vielen Bezirken das Anrecht auf einen Stadtratsposten zu erwerben und somit die Leitung über eine ganze Abteilung der Bezirksverwaltung zu übernehmen. Dabei haben die verschiedenen Meinungsforschungsinstitute große Differenzen in ihren Umfrageergebnissen. So sieht Forsa die AfD im ganz Berlin bei acht Prozent, Infratest dimap und INSA aber zwischen 13% und 15%. Das ist ziemlich genau der Unterschied zwischen einem Platz im Bezirksamt und keinem.
Acht Prozent reichen ziemlich sicher nicht, bei 12 bis 13 Prozent aber steigt die Wahrscheinlichkeit für einen Sitz im Bezirksamt deutlich. Bei der Wahl 2006 reichten dafür der Linken in Mitte 12,4 Prozent oder sieben Mandate in der BVV. Nur wenn die Linke bei der Wahl im September mehr Stimmen als die AfD bekommt (das letzte Mal lag sie in der BVV-Wahl bei 10,6%, die Prognosen sagen jedoch berlinweit einen deutlichen Zuwachs voraus) und zusätzlich entweder die SPD oder die Grünen im Bezirk mehr als doppelt so stark wie die AfD wird, blieben die Rechtspopulisten im obersten Bezirksgremium außen vor. Nach Forsa hätte wohl die SPD die größeren Chancen, stärkste Partei in Mitte zu werden, nach Infratest dimap und INSA die Grünen. Bei diesen liegen CDU, SPD und Grüne berlinweit ungefähr gleichauf um die 20-Prozent-Marke herum, Mitte wählt traditionell grüner als ganz Berlin, etwa durchschnittlich SPD und klar weniger CDU.
Bis zur Wahl am 18. September wird natürlich noch einiges passieren, was das Wahlergebnis beeinflussen wird. Doch angesichts des kurzen Wahlkampfes, der wohl nur in den zwei Wochen nach den Schulferien so richtig Fahrt aufnehmen wird, steht eine schwache Wahlbeteiligung zu befürchten. Bei der letzten Bezirkswahl lag sie in Mitte nur knapp über 50%. Das nützt den Rechtspopulisten, denn Protestwähler lassen sich einfacher mobilisieren als solche, die eigentlich gar nicht so unzufrieden sind. *cs*

Bildecke

Präsenz zeigen

Die Drogendealerszene verunsichert Bürger – wie geht man dagegen vor?

Für den jungen Mann ist der Tag bereits um 13 Uhr gelaufen. Er sitzt im Polizeibus, neben ihm auf dem Tischchen liegt aufgereiht das, was in seinen Taschen gefunden wurde: Drogentütchen, Geldscheine. Seine Papiere werden gerade überprüft – bei der Polizei gibt es Spezialisten, die Dokumente unterschiedlichster Herkunft und Machart identifizieren können.

Der Bus steht am Rand des Kleinen Tiergartens in Moabit, etwa 20 Polizisten des örtlichen Abschnitts 33 sind heute im Einsatz, um Drogendealer zu stellen. Im Herbst letzten Jahres hatte die Drogenkriminalität im Kleinen Tiergarten wieder deutlich zugenommen, weshalb Karl Bösel, Präventionsbeauftragter des Polizeiabschnitts, und seine Kollegen verstärkt Einsätze und Kontrollen im Park machen. Es ist ein mühsames Geschäft: weil die Justiz hohe Anforderungen für einen Haftbefehl stellt; weil die Dealer immer professioneller agieren; weil man ihnen die Tat rechtssicher nachweisen muss und man Zeugen braucht (meist die Drogenkäufer); vor allem aber, weil es wie ein Kampf mit einer Hydra ist, wie Bösel sagt: Die Zahl der Dealer ist – anders als die der Polizeibeamten – unüberschaubar und es gibt immer neuen Nachwuchs, die Aussicht auf das schnelle Geld ist zu verlockend. Die Straßendealer sind fast ausnahmslos junge Männer, viele von ihnen nordafrikanischer Herkunft und noch nicht lange im Land, weiß Bösel. Mit den syrischen, afghanischen oder irakischen Flüchtlingen, die im nahegelegenen LaGeSo Hilfe suchen, haben sie ebenso wenig zu tun wie mit den »Szenegruppen«, die sich im Park treffen. Im Umgang mit letzteren setzt sich in Berlin immer mehr ein Integrationsmodell wie am Weddinger Leopoldplatz durch, auch im Kleinen Tiergarten wird es praktiziert: Die Gruppen – meist Menschen aus dem Kiez mit vielfältigen sozialen Problemen – sollen nicht verdrängt werden, sondern auch ihren Platz haben, für den sie wiederum ein Stück Verantwortung übernehmen. Streetworker kümmern sich vor Ort – auch darum, dass ein paar Grundregeln des Verhaltens im Park eingehalten werden.

Ch. Eckelt

Der professionelle Drogenhandel und die damit verbundene Kriminalität dagegen sind eine ganz andere Sache und keine Angelegenheit für Sozialarbeiter. Die Polizei macht sich aber auch keine Illusionen darüber, dass sie mit ihren Einsätzen allein das Problem nicht lösen, sondern bestenfalls verschieben kann, und dass es viel Ausdauer braucht, um dicke Bretter zu bohren.

Die Prozedur im Bus dauert. Hier entscheiden die Beamten, ob der ertappte Dealer, den zwei junge Polizisten in Zivil festnehmen konnten, nach der Personenüberprüfung und der Anzeige in U-Haft kommt oder einstweilen – bis zur Gerichtsverhandlung – wieder auf freien Fuß gesetzt werden muss. Die juristischen Hürden sind, wie gesagt, hoch, und die Polizei hat oft ihre liebe Mühe, den Bürgern zu erklären, warum man nicht umgehend alle Dealer »wegsperren« kann.
Der Kleine Tiergarten ist nicht der einzige Ort in Mitte, an dem der Drogenhandel zum Problem wird. Er wabert wellenförmig durch die Innenstadt, auch entlang der U-Bahnlinien U6, U8, U9. An der Köpenicker Straße blüht er vor den zahlreichen Clubs, auch am Leopoldplatz ploppt er immer mal wieder auf. Werden am Kotti verstärkt Einsätze gefahren, nimmt der Handel an anderen U-Bahn-Stationen merklich zu. Vor ein paar Jahren grassierte er im Weinbergspark. Letzterer wird auch immer wieder als Beispiel genannt, wenn es darum geht, wie man öffentliche Orte wieder zurückgewinnt. Hier gelang es, Bürger, Bezirksverwaltung, Ordnungsamt, Polizei, BVG, BSR, eine benachbarte Schule, die Betreiber eines Cafés und andere Akteure an einem Runden Tisch zu versammeln und – unterstützt von einer umfassenden Erneuerung des Parks – den Drogenhandel deutlich einzudämmen.
So ähnlich will man nun auch im Kleinen Tiergarten dem Problem begegnen. Hier gab es eine erste Informationsveranstaltung für Bürger, die sich durch das offensive bis aggressive Auftreten der Dealer und die Kriminalität bedroht und verunsichert fühlten. U.a. berichtete die Polizei hier über erste Ergebnisse ihrer verstärkten Einsätze. Natürlich trägt die Polizeipräsenz zur durchaus messbaren Entspannung der Situation bei. Doch letztlich geht es um ein Gesamtpaket, an dem die Ordnungsbehörden, der Bezirk (über den Präventionsrat Thorsten Haas), die BVG, das Geschäftsstraßenmanagement und auch die Bürger beteiligt sind. Neben konkreten Maßnahmen (verstärkte Kontrollen, Arbeit am Beleuchtungskonzept u.a.) geht es vor allem darum, mit vielfältigen Aktivitäten präsent zu sein, soziale Kontrolle auszuüben und den Dealern nicht den Park zu überlassen. Denn problematisch wird es, wenn die Dealer das Gefühl haben, die Regeln bestimmen zu können. »Dann hätten wir eine Situation wie am RAW-Gelände oder im Görli«, warnt ein Anwohner. Wichtig sind daher nicht nur Zeugenaussagen betroffener Bürger oder das Verständigen der Polizei bei Straftaten, sondern auch die schlichte Anwesenheit – ob man sich dort mit Freunden oder der Familie trifft, Picknick macht, vielleicht auch kleine Veranstaltungen organisiert.

Der Dealer aus dem Bus wird jetzt zur Wache verbracht. Der Einsatz am Kleinen Tiergarten ist für heute beendet. Karl Bösel, der Präventionsbeauftragte, eilt gleich weiter zum nächsten Treffen mit dem Präventionsrat des Bezirks und anderen. Es geht, natürlich, um Drogen im Park. Bösels Kollegen basteln derweil weiter am altersschwachen Bus herum, die Batterie hat schlappgemacht und muss nun von einem anderen Polizeiwagen aufgeladen werden. Die Polizisten klagen nicht nur über ständige Sondereinsätze (Fanmeile usw.), die manchmal Personal binden, das man eigentlich vor Ort braucht, sondern auch über die unbefriedigende technische Ausstattung. »Schreiben Sie das mal«, sagt einer. *us*

Gewerberaum wieder knapp

Senator Andreas Geisel: »Der Wettbewerb um Flächen wird größer«

Ch. Eckelt

Auch Gewerberaum wird wieder knapp in Berlin. Das jedenfalls verkündete der Senator für Stadtentwicklung Andreas Geisel auf dem letzten Stadtforum am 20. Juni: »Die Diskussionen über den großen Büroflächenleerstand in Berlin gehören der Vergangenheit an.« Denn nicht nur die Bevölkerung der Stadt wachse stärker als angenommen, auch beim Zuwachs an Arbeitsplätzen führe Berlin die Bundesländer inzwischen an – die Folge: »Der Wettbewerb um Flächen wird größer.«

Dabei gelte es, Handwerk und Industrie, Kunst und Kreativwirtschaft zu schützen, die teilweise bereits unter starkem Verdrängungsdruck leiden. Allen Versuchen, bestehende Gewerbegebiete zugunsten des Wohnungsbaus umzuwidmen, widersprach der Senator deshalb entschieden. »Bei dem derzeitigen Flächenverbrauch für Industrie und Gewerbe reichen die Reserven der Stadt nur noch bis 2020.« Nicht nur deshalb will der Senat auch bei der Entwicklung neuer Wohnquartiere wie beispielsweise dem Kurt-Schumacher-Quartier auf dem jetzigen Flughafen Tegel eine Mischung von Wohnen und Arbeiten ermöglichen: »Wir brauchen gemischte Quartiere und keine Schlafstädte!«

Neue »Urbane Mischgebiete«

Bis zum Ende des Jahres möchte zudem die Bundesregierung auf Anregung großer Städte wie Berlin eine neue planungsrechtliche Kategorie schaffen, das »Urbane Mischgebiet«. Hier sollen leicht verminderte Lärmschutzbestimmungen die Ansiedlung von Gewerbe erleichtern, insgesamt wäre eine dichtere Bebauung zulässig als in normalen Mischgebieten. In einem Urbanen Mischgebiet soll zudem der Bau von Wohnungen etwa in der Nähe von Sportplätzen, Schulen oder bestehenden Gewerbegebieten möglich sein, was in den bestehenden Gebietskategorien vor allem auf lärmschutzrechtliche Hindernisse stößt.
So könnte die Ausweisung Urbaner Mischgebiete auch die Nachverdichtung von bestehenden »Discounter-Brachen« erleichtern. Die sieht man überall in der Berliner Innenstadt: große, meist wenig genutzte Parkplätze mit angeschlossenem Aldi-, Lidl-, Norma-, Netto- oder Pennymarkt, wie sie genauso auch im ländlichen Raum zu finden sind. Solche Discounter könnte man aber genauso gut in den Erdgeschossen mehrstöckiger Gebäude unterbringen, in denen dann auch noch zahlreiche Wohnungen und Büros Platz fänden – kein geringes Potenzial also für Wohnungsbau und Büroflächen! Problematisch ist an solchen Standorten aber, dass solche Supermärkte in sehr frühen Morgenstunden mit Frischeprodukten wie Milch oder Obst beliefert werden müssen, was bei direkt anliegenden Wohnungen nächtliche Ruhestörung verursachen kann. Eine konkrete Bauvoranfrage für die Verdichtung einer solchen Brachfläche in einem Sanierungsgebiet von Mitte belegt, dass in der Branche derzeit intensiv über eine effektive Nutzung solcher Flächen nachgedacht wird.

Bezirk Mitte unter Druck

Doch zurück zum Stadtforum: Für Berlin prognostizierte Andreas Geisel künftig eine verstärkte Ansiedlung international orientierter Unternehmen im südöstlichen Stadtraum: »Die suchen vor allem die Nähe des Flughafens und wissenschaftlicher Einrichtungen. Ich weiß zum Beispiel aus Gesprächen mit Siemens in Spandau, dass die Verlagerung des Flughafens dort echte Probleme verursacht.« Angesichts der guten Ausstattung des Bezirks Mitte mit Universitäten und Hochschulen sowie den schnellen Verkehrsverbindungen zum künftigen Flughafen BER dürfte die Nachfrage nach Büroflächen hier deshalb eher noch steigen.

Spekuliert wird in der Presse zum Beispiel über die Übersiedlung von Unternehmen aus der »Fin-Tech«-Branche: Nach dem Brexit wollten etliche Betriebe dieser auf Finanzprodukte spezialisierten IT-Unternehmen ihren bisherigen Sitz London verlassen, die Mitarbeiter drängten dabei vor allem nach Berlin. Im Bezirk Mitte wird man diese Entwicklungen zu spüren bekommen.

Senat setzt falsches Signal

Einen extremen Drang der Immobilienbranche zu neuen Büroflächen im Zentrum der Stadt gab es schon einmal Anfang der 1990er Jahre. Nach dem Beschluss zur Verlegung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin wollten Investoren überall Büros errichten – wäre es nach ihnen gegangen, so bestünde heute die Spandauer Vorstadt in Mitte zum Großteil aus Büro- und Gewerberäumen, und in der Friedrichstadt würde schon gar keiner wohnen. Doch damals intervenierte die Politik, indem sie Sanierungsgebiete einrichtete. Auch unter dem Druck des Bezirks wurde zudem ein Mindestanteil von 20% Wohnungsbau bei Neubauprojekten etwa an der Friedrichstraße oder am Potsdamer Platz festgeschrieben. Diese Regel stellte der Senat jedoch jüngst wieder in Frage, als er einem Widerspruch eines Investors am Leipziger Platz stattgab, dessen Bauantrag vom Bezirk abgewiesen worden war, weil er gar keinen Wohnungsbau vorsah. Jetzt darf hier also ein reines Bürohaus errichtet werden.
Angesichts der zunehmenden Flächenkonkurrenz, die einige Quartiere in Mitte betrifft, ist das das falsche Signal. *cs*

Ch. Eckelt

Schützt die Denkmale!

Zum Tag des Offenen Denkmals am 10./11. September

Am zweiten Septemberwochenende gibt es wieder – wie jedes Jahr zum bundesweiten »Tag des offenen Denkmals« – die Gelegenheit, Baudenkmäler in der ganzen Stadt zu besichtigen, auch solche, die sonst der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Das Thema lautet in diesem Jahr »Gemeinsam Denkmale erhalten« und zielt auf die Verantwortung der Kommunen und der Gemeinschaft.

Baudenkmale zu erhalten, ist gerade in Berlin ein hartes Ringen. Wie die letzten drei Jahrzehnte zu oft zeigten, verhindert auch die amtliche Eintragung als Baudenkmal nicht zwingend dessen Abriss oder die Beschädigung. Sei es, weil der Verwertungsdruck immens ist und denkmalpflegerische Belange dabei eher als störender Kostenfaktor betrachtet werden; sei es, weil Gebäude aus spekulativen Gründen dem Verfall anheimgegeben sind (das legendäre Kaufhaus Jandorf in Mitte beispielsweise steht seit fast 25 Jahren leer), sei es, weil Denkmale mit subjektiv-geschmäcklerischen Urteilen diskreditiert und ideell zum Abriss freigegeben werden, was in den letzten 20 Jahren in Berlin insbesondere die Ost- und Westberliner Moderne der 60er und 70er Jahre erfahren musste. Die zwanzig bis fünfzig Jahre, die eine Epoche erfahrungsgemäß braucht, um mit dem notwendigen Abstand reflektiert und ohne ideologischen Schaum vorm Mund bewertet zu werden, haben etliche Gebäude dieser Stadt nicht überlebt – beispielsweise das Ahornblatt auf der Fischerinsel.

Insofern ist man schon sehr glücklich, dass sechs Berliner Wohnsiedlungen der klassischen Moderne inzwischen als Weltkulturerbe geschützt sind – und auch darüber, dass eine neue, junge Generation von Architekten und Nutzern die Architektur der 1960er und 70er Jahre für sich entdeckt und sie verteidigt. Jenseits von Geschmacksdebatten stellen sie damit auch sehr zeitgemäße Fragen nach dem Umgang mit Ressourcen und Werten: Ist es sinnvoll, Gebäude abzureißen, die momentan vielleicht nicht dem Mainstream-Zeitgeist entsprechen, in denen aber jede Menge ökonomische Werte gespeichert sind (Arbeitskraft und -zeit, Material, Energie etc.) und die ohne weiteres noch mehrere Jahrzehnte halten würden? Auch in der Architektur ist – Denkmal oder nicht – ein Ende der Wegwerfkultur dringend geboten, aber sie scheint hier gerade erst so richtig zu beginnen: Es häufen sich Fälle, in denen Abrisse von nicht mal 20 oder 30 Jahre alten Gebäuden beantragt werden – einfach, um angesichts des fiebernden Immobilienmarkts schnell etwas Lukrativeres und Teureres hinzubauen.

Zurück zu den Denkmalen: Schwer haben es derzeit auch die baulichen Zeugnisse der Industriegeschichte. So wie die ehemalige Eisfabrik zwischen Spreeufer und Köpenicker Straße in Mitte – ein Paradebeispiel für das Motto der diesjährigen Denkmal-Tage. Die Eisfabrik steht im Sanierungs- und Erhaltungsgebiet »Nördliche Luisenstadt«, mithin einem Quartier, das aufgrund seiner historischen Substanz insgesamt unter Schutz steht und in das Investitionsmittel aus dem Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« fließen. Doch auch das ist keine Garantie, dass die einzelnen Gebäude gerettet werden.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hatte die von Carl Bolle gründete Norddeutsche Eiswerke AG in den Backsteingebäuden künstliches Stangeneis für Privathaushalte, Läden und Gewerbebetriebe hergestellt, noch bis 1991 wurde hier produziert. Dann wurde der Betrieb stillgelegt, die Immobilie geriet zum Verkaufsobjekt der – inzwischen selbst privatisierten – Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG), ein trauriges Kapitel jüngerer (Bau)Geschichte, das noch gründlicher Aufarbeitung bedarf. Seither wird um das Areal gepokert, der Bezirk will das Denkmal erhalten, hat aber wegen der Eigentumsverhältnisse nur begrenzten Einfluss.

Die Eisfabrik ist ein »exemple par excellence« für das diesjährige Motto der Denkmaltage. Denn ohne das uneigennützige, hartnäckige Engagement von Anwohnern wie Peter Schwoch und Initiativen wie dem Bürgerverein Luisenstadt und der Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt gäbe es dieses Industriedenkmal vielleicht schon gar nicht mehr. Mit seinem markanten Schornstein, den allmählich verfallenden Backsteinbauten, die zwischendurch mal von Künstlern belebt werden durften, mit dem Phantomschmerz der trotz aller Proteste abgerissenen Kühlhäuser erinnert es daran, dass Denkmalschutz allein keine Garantie bietet und Denkmale verteidigt und gerettet werden müssen. Darin haben der Bezirk Mitte und seine Bewohner eigentlich eine gute Tradition: Ohne couragiertes Engagement gegen Abrisse und die Entscheidung, die Spandauer Vorstadt als Flächendenkmal unter Schutz zu stellen, gäbe es dort heute wohl vor allem Investorenkühlschränke im Stil der 1990er.

Peter Schwoch wohnt seit vielen Jahren in einem Altbau an der Eisfabrik, er hat akribisch ihre Geschichte recherchiert, eine Ausstellung zur Eisfabrik erarbeitet, die derzeit im Stadtteilladen »dialog 101« an der Heinrich-Heine-Straße zu sehen ist, er hält Vorträge, engagiert sich in der Betroffenenvertretung. All das macht Schwoch, der auf dem Bau arbeitet, in seiner Freizeit. Auch an den Tagen des offenen Denkmals wird er wieder zur Eisfabrik informieren. *us*

Ausstellung zur Eisfabrik: im »dialog 101«, U8 Heinrich-Heine-Straße, bis Ende August, mo 14–18 Uhr, mi 15–18 Uhr
Das vollständige Programm für den Tag des offenen Denkmals wird ab Mitte August auf folgender Website veröffentlicht: www.stadtentwicklung.berlin.de/denkmal/denkmaltag

Die Brücke – Lotsen durch den Behördendschungel

Das Lotsenprojekt beantwortet geflüchteten und zugewanderten Menschen in Mitte alltägliche Fragen und unterstützt sie auf der Suche nach den richtigen Ansprechpartnern in den Behörden. Das Besondere: Die Lotsen sprechen insgesamt mehr als zehn verschiedene Sprachen. Mit ihren Klienten kommunizieren sie auf Augenhöhe in der jeweiligen Muttersprache.

In dem kleinen Büro des Lotsenprojekts in der Beusselstraße 80 herrscht an diesem heißen Mittwochmorgen um 11 Uhr bereits Hochbetrieb. Die Mitarbeiter in den funktional eingerichteten Ladenräumen befinden sich alle in Gesprächen. Gleich drei Telefone klingeln, vor dem schwarzen Brett warten zwei Männer. Die Mitarbeiter des Lotsenprojekts »Die Brücke« sind erste Ansprechpartner für Geflüchtete und Zugewanderte. Sie beantworten Fragen des täglichen Lebens in der jeweiligen Muttersprache, initiieren aber auch Hilfe zur Selbsthilfe und weisen auf das Erlernen der deutschen Sprache hin.

Zusammen sprechen sie mehr als zehn Sprachen, u.a. Arabisch, Türkisch, Polnisch, Russisch, Serbisch, Kroatisch, Griechisch und Rumänisch. Bis auf Mitarbeiter, die als Maßnahmeteilnehmer übers Jobcenter vermittelt worden sind, haben sie alle selbst einen Migrationshintergrund und helfen ihren Klienten dadurch auf Augenhöhe durch den deutschen Behördendschungel. Was das genau bedeutet, variiert von Fall zu Fall. Jeder Tag, erzählen Teamleiterin Muzaffer Yigitler und fünf ihrer Mitarbeiterinnen, sei anders. »Manchmal kommen Menschen einfach nur, um zu erzählen«, sagt die studierte Juristin Amal Chaibi und fügt nach einer kurzen Pause hinzu: »Wenn ich aus meinem Land raus wäre, würde ich mir auch jemanden suchen, der mich versteht.« Die arabischsprachige Chaibi arbeitet in dem Projekt als Lotsenengel, wie die Büroleiterin Muzaffer Yigitler ihre Integrationslotsinnen nennt. Die acht Frauen und zwei Männer im Büro von Muzaffer Yigitler haben ganz unterschiedliche Hintergründe und Geschichten. Sie verbindet vor allem, dass sie ihren Job aus Überzeugung und Leidenschaft machen. »Die Arbeit als Integrationslotsen erleben sie als wertschätzend, zumal es sozialpflichtige Arbeitsverträge für Lotsen noch nicht lange gibt«, sagt Yigitler. Amal Chaibi erzählt, dass sie gerade in der Wohnungsnothilfe oft Frustrierendes erlebt. Dennoch mache sie ihre Arbeit gerne. Frau Al Sabawi, die eine Ausbildung als Gemeindedolmetscherin gemacht hat, nickt. »Die Arbeit ist sinnstiftend. Und man lernt mit jedem Kunden dazu.«

Begonnen hat das Lotsenprojekt 2005 mit acht Mitarbeitern in einem kleinen Büro im Sprengelhaus. Mittlerweile hat das vom Quartiersmanagement initiierte Projekt bereits sechs Büros mit 64 Mitarbeitern, alle im Bezirk Mitte. Neben der Arbeit in den Büros, also die Klienten auf der Suche nach den richtigen Ansprechpartnern für Aufenthaltsrecht, Arbeitsvermittlung, Wohnungssuche usw. zu unterstützen und telefonisch Beratungstermine zu vereinbaren, begleiten die Integrationslotsen ihre Klienten immer öfter zu Terminen und machen mehrmals in der Woche Außeneinsätze in Flüchtlingswohnheimen oder der Wohnungsnothilfe. Von den Behörden und Einrichtungen werden sie täglich als Sprachmittler in einfachen Zusammenhängen angefordert, was oft die Kapazitäten überschreitet. In seltenen Fällen gehen sie auch auf außergewöhnlichere Bitten und Wünsche ein, wie Pflegeregelungen durchzugehen, einen Liebesbrief aus dem Arabischen ins Deutsche zu übersetzen oder einer Mutter bei der Suche nach ihrem Sohn zu helfen, der auf der Flucht übers Mittelmeer verloren ging.

»Der war erst zwei Jahre, genau so alt wie mein eigenes Kind«, sagt Amal Chaibi und schluckt. Nicht immer gelingt es ihr, sich emotional abzuschirmen, wenn sie mit solchen Schicksalen konfrontiert wird. Gerade die Integrationslotsen, die sich in Außeneinsätzen um Flüchtlinge kümmern, erzählt Yilgiter, arbeiten oft am Limit. Damit die Mitarbeiter Gefühle der Ohnmacht und Überforderung nicht mit nach Hause zu nehmen, gibt es regelmäßige Teamsitzungen, in denen sich alle über ihre Probleme austauschen; die Integrationslotsen bekommen zusätzlich Supervision.

Um die vielen Anfragen an die Integrationslotsen zu bewältigen, werden mittlerweile alle Termine zentral von der Projektleitung in der Hochstädter Straße im Wedding koordiniert. Täglich kommen zehn bis vierzehn Anfragen per Mail und werden von der Zentrale auf die Mitarbeiter der sechs Lotsen-Büros in Mitte verteilt. Träger des Lotsenprojekts »Die Brücke« ist die Bildungsmarkt Waldenser GmbH, finanzielle Unterstützung kommt von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen und vom Jobcenter Berlin Mitte. Erst kürzlich hat der Bezirk Mitte die »Brücke« als sehr erfolgreiches Integrationsprojekt gelobt.

Vom Jobcenter Mitte bekommt das Projekt Maßnahmeteilnehmer u.a. über 1,50-Euro-Jobs. Diese sind oft mehr oder weniger motiviert mitzuarbeiten, haben persönliche Problemlagen, die dann mit der Beschäftigung in Übereinstimmung zu bringen sind, was nicht immer einfach ist, erzählt Yilgiter. Die Integrationslotsin Frau Akbas nickt: »Der Berliner Senat sollte mehr Integrationslotsenstellen über das Landesrahmenprogramm schaffen, damit die Tätigkeit Nachhaltigkeit hat. Wer das Gefühl hat, geschätzt zu sein, eine Basisqualifizierung und einen ›echten‹ Arbeitsvertrag erhält, arbeitet doch gleich viel besser und motivierter.«

Eva-Lena Lörzer

Ch. Eckelt

Dokumentation

Im Folgenden dokumentieren wir eine Stellungnahme samt Fragebogen der AG Kultur der Stadtteilvertretung Turmstraße sowie auf der Seite 11 eine Antwort des Leiters des Amtes für Weiterbildung und Kultur.

Misslungene Bürgerbeteiligung beim Projekt »Brüder-Grimm-Haus«

Das derzeit größte Projekt, das aus Mitteln des Aktiven Zentrums finanziert wird, ist der Umbau der Turmstraße 75 zu einem modernen Bildungs- und Kulturzentrum.
Die Stadtteilvertretung Turmstraße hat dabei die Aufgabe, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sicher zu stellen. Aktuell stellt sich jedoch die Frage, wie kann sie das eigentlich tun?
Nach der Wahl der aktuellen Stadtteilvertretung im Mai 2015 waren wichtige Bausteine des Projektes bereits zementiert. So wurde z.B. ein Nutzungskonzept unter der Regie von Prof. Dr. Bernd Käpplinger (Humboldt-Universität zu Berlin) erstellt, wobei die Ergebnisse der Befragung einiger Anspruchsgruppen, wie Nutzer*innen und Passant*innen der Turmstraße, mit einbezogen wurden.
Sie finden den Schlussbericht für ein Nutzungs-/Umbaukonzept aus dem Jahr 2015 im Archiv (!) auf der Seite www.turmstrasse.de, die von KoSP betrieben wird: Endbericht Nutzungskonzept Turmstraße 75.
Leider ist bis heute nicht nachvollziehbar, auf welche Weise die Ergebnisse der Befragungen im laufenden Projekt Berücksichtigung gefunden haben oder noch finden werden. Das mag wohl daran liegen, dass sich das Bezirksamt trotz mehrfacher Aufforderungen bis heute weigert, der Stadtteilvertretung das vollständige Konzept mit Anhang zur Verfügung zu stellen.
Ein weiterer Kritikpunkt von unserer Seite ist, dass die Formulierung der Ausschreibungskriterien für die Firma, die derzeit die Bürgerbeteiligung durchführt, ohne öffentliche Diskussion erfolgte. Statt uns zu beteiligen, wurden wir gebetsmühlenartig auf das behördliche Vergaberecht verwiesen.

✂ *hier ausschneiden* ……

*Wurden Sie als Nutzer*in oder Anwohner*in die Umgestaltungsplanung des Bruder-Grimm-Hauses (Turmstraße 75) mit einbezogen?*

- ○ Ja, im Rahmen meiner Mitarbeit im Quartier, einer Organisation, Verein o.ä.
- ○ Nein. Soll da was anders werden?
- ○ Ja, als Nutzer*in konnte ich mich einbringen, und zwar… (siehe extra Antwort)
- ○ Ja, im Rahmen des Projektes Bedarfsanalyse Bildungs- und Kulturzentrum Turmstraße 75 der HU Berlin
- ○ Ich habe mich zwar nicht eingebracht, fühle mich aber gut informiert.
- ○ Ja, ich bin Mitarbeiter*in einer der Institutionen, die im Haus Räumlichkeiten gemietet haben.
- ○ ich würde mich gern beteiligen, besonders interessiert bin ich an …. (freie Eingabe unten)
- ○ Weiß ich nicht und interessiert mich auch nicht.
- ○ Sonstiges (bitte angeben)

Zwei Träger wurden zur Entwicklung der weiteren Konzeption und Durchführung von Beteiligungsmaßnahmen ausgewählt: »STATTBAU Stadtentwicklungsgesellschaft mbH« und die »Baupiloten BDA Architektur«.
Zum weiteren Verfahren wurde ein Beirat gebildet, der die Prozesse begleiten soll, dem neben den Verantwortlichen der Verwaltung (Abt. Bildung und Kultur und Abt. Jugend) vier Vertreter*innen der Stadtteilvertretung, eine Vertreterin der Quartiersmanagementgebiete (Moabit West und Moabit Ost) und Vertreter*innen – meist mit Leitungsfunktion – der derzeitigen Mieter- bzw. Nutzer*innen des Hauses angehören. Außerdem gehört dem Beirat ein Vertreter des, für das Aktive Zentrum beauftragten, Koordinationsbüros KoSP an.
Öffentliche Veranstaltungen werden meistens lediglich über interne Mailinglisten und die Webseiten der Quartiersmanagementgebiete, Moabitonline, unsere Webseite (www.stv-turmstrasse.de) und die von KoSP betriebene Webseite (www.turmstrasse.de) sowie in der Sanierungszeitung »ecke turmstraße« bekannt gemacht. Alle nicht internetaffinen Nutzer*innen kamen somit bisher nicht in den Genuss, von den Terminen erfahren zu können. Dabei hat das Gebäude selbst eine breite Fensterfront im Erdgeschoss, in der ein Veranstaltungsplakat gut Platz finden würde.
Eine Einbeziehung der in der Bevölkerung zu einem starken Anteil vorhandenen Bürger*innen mit Migrationshintergrund und von Gruppen wie Kindern und Senior*innen und Behinderten erfolgt trotz massiver Kritik, die bereits in der Projekteröffnungsveranstaltung geäußert wurde, bis heute nicht.
Uns interessiert, ob die Moabiter*innen bereits in den Gestaltungsprozess einbezogen wurden, und wie viele Informationen bei Ihnen angekommen sind. Daher haben wir eine kleine Umfrage erstellt, und bitten Sie um Teilnahme!
Sie können die Fragen auch schriftlich beantworten und an unsere neue Anschrift Stadtteilvertretung Turmstraße, Krefelder Straße 1a, 10551 Berlin, senden.
Die Konzeptphase begann Ende Mai 2016. Im September werden dann die Ergebnisse vorgestellt und unter Beteiligung der Öffentlichkeit Voten eingeholt.

Die nächste öffentliche Veranstaltung »Szenarien testen« findet am 13. September, 17–20 Uhr, in der Turmstraße 75 statt.

Ch. Eckelt

Ch. Eckelt

Turmstraße 75 – Volles Haus Kultur!

Von Michael Weiß, Leiter des Amtes für Weiterbildung und Kultur

Der Anstoß, die Turmstraße 75 umzustrukturieren, kam von den Kollegen der Stadtplanung. Sie überzeugten uns, dass das Haus Besseres verdient hätte als ein Dasein als grauer Riese.
Schon 2009 war das »Brüder-Grimm-Haus« in der Förderkulisse Aktives Zentrum als ein Ort mit Potenzial für die Belebung der westlichen Turmstraße genannt worden. 2013 wurde das Projekt mit der Programmplanung »Aktives Zentrum Turmstraße« vom zuständigen Stadtentwicklungsamt veröffentlicht. Es war außerdem Thema der 5. Zentrenwerkstatt im September 2014 im Silent Green, Wedding. Auch in einer Schriftlichen Anfrage des CDU-Bezirksverordneten Stefan Evers wird im Oktober 2014 die »Erneuerung des Kulturstandortes Brüder-Grimm-Haus« als Schwerpunkt genannt.
Das Problem war, dass sich niemand darum riss. Ein marodes, unter Denkmalschutz stehendes Haus mit vielen festen Nutzern bedeutet nichts als Ärger. Bis dahin war das Gebäude nicht im Fachvermögen des Amtes für Weiterbildung und Kultur, das daher weder das Recht noch die Pflicht hatte, etwas an der Lage zu ändern.
Wir haben lange überlegt. Den Ausschlag gab dann die Möglichkeit, mit der Humboldt-Universität eine Musteruntersuchung durchzuführen: Was ist mit dem Haus möglich und was wird gebraucht?
Die Herausforderung: Das Haus ist vom Keller bis fast unter das Dach voll belegt. Allein die Galerie Nord hat rd. 9400 Besucher*innen jährlich. Musikschule und VHS zusammen werden von rund 6000 Nutzer*innen besucht. An erster Stelle sind die Institutionen zu berücksichtigen, die dieses Haus z.T. seit sehr langer Zeit nutzen und deren Arbeit für Moabit wichtig ist – ob Musikschule, VHS mit zweitem Bildungsweg, Sprachförderzentrum und Berlin Kolleg oder die Galerie Nord des Kunstvereins Tiergarten in Kooperation mit dem Kulturamt.
Das Amt für Weiterbildung und Kultur übernahm dann das Haus in sein Fachvermögen, weil es überzeugt ist, dass eine offenere Struktur, die die Menschen zu Bildung und Kultur in Moabit einlädt, mit den derzeitigen Nutzern möglich ist.
Die Humboldt-Universität mit Prof. Dr. Bernd Käpplinger und seinem Team organisierte ab Mitte 2014 Workshops, befragte Passanten und Moabiter Kulturschaffende. Diese Interviews bilden in voller Länge den Anhang der Studie. Die Stadtteilvertretung ist eingeladen, ihn bei uns einzusehen. Die 569 Seiten können von uns nicht gedruckt werden, weil das Material zu umfangreich ist und weil wir keine Einwilligung der Interviewten zur Veröffentlichung haben. Die Zusammenfassung aller Diskussionen, Workshops und Interviews in einer ersten Konzeptidee für das Haus war der Schlussbericht, der veröffentlicht wurde.
Mit der Stadtteilvertretung gab es eine selbstverständliche Kommunikation. So stand in der »ecke turmstraße Nr. 8/2014« ein auf der Titelseite angekündigter Bericht »Turmstraße 75 – so geht es weiter«: »Auch die Stadtteilvertretung Turmstraße ist sehr interessiert daran, sich für die Entwicklung des Brüder-Grimm-Hauses zu engagieren. Kürzlich machten STV-Vertreter mit dem Amtsleiter für Weiterbildung und Kultur, Michael Weiß, eine Begehung der Turmstraße 75 und ließen sich über den aktuellen Stand und die Situation vor Ort informieren.« Auch nachdem im Mai 2015 eine neue STV gewählt worden war, lief unsere Arbeit kontinuierlich weiter. Der Bericht mit den »Zentralen Ergebnissen« ging der Stadtteilvertretung im Juli 2015 zu.
Mit der Beantwortung einer Großen Anfrage informierte die zuständige Stadträtin Sabine Weißler die Bezirksverordnetenversammlung im November 2014. Der Kulturausschuss der BVV wurde regelmäßig informiert. Am 7. Oktober 2015 stellte Prof. Dr. Käpplinger selbst dem Ausschuss das Ergebnis und die Methode des Projektes vor, an der öffentlichen Sitzung nahmen auch drei Vertreterinnen der STV teil. Am 13. Oktober 2015 fand ein ausführliches Gespräch mit der STV statt, bei dem auch die Bedingungen des Vergaberechts angesprochen wurden. Der Verweis darauf hat nichts mit »Gebetsmühlen« zu tun, sondern mit der Tatsache, dass sich auch eine Behörde an Recht und Gesetz halten muss.
Am 19. Mai 2015 beschloss das Bezirksamt die Übertragung des Hauses an das Amt für Weiterbildung und Kultur und: »Das Vorderhaus Turmstraße 75 soll unter Berücksichtigung der Ergebnisse und Erkenntnisse des Eckpunktepapiers (…) seiner städtebaulichen Bedeutung entsprechend aufgewertet und ausgebaut werden, wobei die bisherigen Nutzungen berücksichtigt werden«.
Die weitere Projektsteuerung wurde ausgeschrieben. Der Beirat, der berufen wurde, repräsentiert die Nutzer*innen und das Amt für Weiterbildung und Kultur; durch die STV und das Quartiersmanagement sind die Bürger*innen »mit am Tisch«. Die Einladungen für die Veranstaltungen gehen über die Websites des Quartiersmanagements und der STV, über Mailinglisten, Moabitonline, »ecke turmstraße« und das Koordinationsbüro KoSP. Das ist – finden wir – ein sehr breiter Verteiler. Durch »ecke turmstraße« werden auch Menschen ohne Internet informiert. Gerne nehmen wir den Hinweis auf, öffentliche Veranstaltungen auch durch Aushang bekannt zu machen.
Im Januar 2016 berichtete die Berliner Morgenpost ausführlich über die Turmstraße 75 (»Ein Kulturhaus für Moabit«).

Fazit

Die Turmstraße 75 ist ein voll belegtes Kulturhaus. Wer den Eindruck erweckt, es würden neue Nutzer*innen gesucht, geht fahrlässig mit diesem Haus und seinem Kulturangebot um. Es geht um eine neue Struktur. An eine Neukonzeption hat sich das Amt für Weiterbildung und Kultur mit Unterstützung der Humboldt-Universität in einem ungewöhnlich aufwändigen und öffentlichen Verfahren herangetastet. Die räumliche Umsetzung wird derzeit in Workshops, vielen Arbeitsstunden und Diskussionsrunden gesucht. Die Stadtteilvertretung ist daran beteiligt.
Nach Jahren der Vernachlässigung unternehmen wir nun endlich den schwierigen Versuch, für Moabit mehr aus diesem Haus zu machen. Konkurrenzen, Ängste und Gerüchte machen es nicht leichter. Aber das Haus ist für die Menschen wichtig und deshalb ist jeder Einsatz alle Mühe wert.

Fördergebiet Aktives Zentrum Turmstraße

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung: Carsten Spallek
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180/181
Annett Kufeld (030) 90 18-454 36
annett.kufeld@ba-mitte.berlin.de
Evelyn Möbus (030) 90 18-458 59
evelyn.moebus@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 90 18-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Stadtteilvertretung
Krefelder Straße 1a, 10555 Berlin
(030) 23 93 88 28
Öffentliches Plenum an jedem
4. Montag im Monat im Stadtteilladen
Krefelder Straße 1a
stv@stv-turmstrasse.de
www.stv-turmstrasse.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung
und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
Gisbert Preuß (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de
Andreas Wilke (030) 33 00 28 36
wilke@kosp-berlin.de
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement
die raumplaner
Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Sabine Slapa, Georg Thieme,
Jan Abt
(030) 37 59 27 21
gsm@die-raumplaner.de
www.die-raumplaner.de

Stadtteilladen
Krefelder Straße 1a, 10555 Berlin
Sprechstunde KoSP:
Di 9.30–12 Uhr, Do 14–18 Uhr
(030) 23 94 53 39
Sprechstunde Geschäftsstraßen-
management (die raumplaner):
Di 16–19 Uhr, Fr 8–10 Uhr
(030) 23 93 85 08
Sprechstunde Stadtteilvertretung
Mo 17–18 Uhr

Quartiersmanagement Moabit-West
(Beusselstraße) Rostocker Straße 3,
10553 Berlin (030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin